

CDU setzt Zeichen für Sparwillen

Die Ronnenberger Christdemokraten haben gemeinsam mit FDP und den Grünen die Streichung der Sitzungsgelder (13,00 € pro Sitzung) durchsetzen können. Des Weiteren wurde der CDU Vorschlag die Aufwandsentschädigungen der Fraktionsvorsitzenden auf einen Pauschalbetrag von 70,00 € zu reduzieren, von FDP und den Grünen unterstützt. Bisher erhalten die Fraktionsvorsitzenden 17,23 € je Fraktionsmitglied. Die Wiedereinführung des Pauschalbetrages bedeutet eine jährliche Ersparnis von ca. 3.500,00 € und hat mehr einen „symbolischen Charakter“, so die Fraktionsvorsitzende Stephanie Harms. Viele Menschen engagieren sich in Vereinen und leisten ebenfalls einen erheblichen Beitrag für die Gesellschaft, ohne eine Aufwandsentschädigung zu erhalten, so Manfred Bohr – CDU Pressesprecher -. In allen Bereichen muss gespart werden und so sollen auch die Ratsmitglieder mit gutem Beispiel voran gehen. „Neben der finanziellen Ersparnis kommt es dabei insbesondere zum Bürokratieabbau und Wegfall einiger Tätigkeiten in der Verwaltung“, so Manfred Bohr weiter. Im Haushaltsplan sind für die Bearbeitung der Sitzungsgelder 17 Arbeitstage angesetzt. Damit haben die Mitarbeiter freie Kapazitäten und es können Aufgaben umverteilt werden, so Stephanie Harms.

Bei der Finanzausschusssitzung wurde der gemeinsame Antrag von CDU und FDP zur Reduzierung des Fehlbetrages um mindestens 10% (Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von 6.435.000,00 €) zurückgenommen, so die CDU Fraktionsvorsitzende Stephanie Harms. Von der Verwaltung sind keine Vorschläge gekommen, da angeblich zu wenig Zeit gewesen wäre. „In der Verwaltung beschäftigt man sich seit Monaten mit dem Haushalt und von den Kommunalpolitikern wird erwartet, dass sie in wenigen Wochen in den Abendstunden den Haushalt analysieren“, so Harms weiter. Den Vorwurf der SPD eine „Rasenmäherkürzung“ sei nicht möglich, kann die Vorsitzende nicht verstehen. Die Ratskollegen scheinen den Antrag nicht vollständig gelesen zu haben. In der Begründung des Antrags war ausführlich dargelegt, dass die Verwaltung ihre Ausgaben und Investitionen auf Dringlichkeit und Standards überprüfen sollte. Eine Rasenmäherkürzung hat die SPD in den Antrag hinein interpretiert, so Harms abschließend.